

blick nach rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten; 18. Jahrgang, Nr. 15, 26. Juli 2001

Einblicke

Grenzen erreicht

Von Heiner Lichtenstein

Anfang der 60er Jahre hat die Bundesregierung nach äußerst schwierigen Verhandlungen mit den westeuropäischen Staaten, die von den Nazis besetzt waren, Wiedergutmachungsverträge geschlossen. Die Beträge wurden an die jeweiligen Regierungen überwiesen, die verteilen sollten. Die Bundesrepublik hat aus gutem Grund darauf verzichtet, sich in die Verwendung der Millionenbeträge einzumischen. Leider hat nicht jede Regierung das Geld den Opfern gegeben. Frankreich etwa verwendete es zur Finanzierung der force de frappe, also der atomaren Abschreckung. Griechenland hat damals 115 Millionen Mark bekommen. Das entsprach etwa der Forderung Athens. Nun hat das Athener Landgericht der Klage von Angehörigen der Opfer von Distomon stattgegeben, wo im Juli 1944 deutsche Verbände 218 wehrlose Zivilisten ermordet haben. Um ihre „Ansprüche“ durchzusetzen, sollen drei deutsche Einrichtungen in Athen zwangsgepfändet werden. Ein äußerst kompliziertes juristisches Tauziehen steht bevor.

Das Auswärtige Amt und das Bundesjustizministerium sollten alles daran setzen, die Forderungen des EU- und Nato-Partners abzuwehren. Anderenfalls müsste Berlin mit Ähnlichem aus anderen Staaten rechnen. Das würde die deutsche Zahlungsfähigkeit überfordern und dem inneren Zusammenhalt des Bündnisses und der EU schaden. Insgesamt hat Deutschland bisher etwa 110 Milliarden Mark zur Entschädigung oder Wiedergutmachung aufgebracht. Das entspricht zwar bei weitem nicht dem angerichteten Schaden, aber irgendwo muss es Grenzen geben. Die sind nun erreicht. Wäre es nach der öffentlichen Meinung gegangen, hätten die Opfer gar nichts bekommen. Populär waren die Zahlungen nie. Sie mussten aber sein, nicht zuletzt, um uns allen den Weg in die Gemeinschaft der zivilisierten Völker zu ebnen. Athen sollte sich das Beispiel der USA in Sachen Klagen gegen deutsche Unternehmen zum Vorbild nehmen. Die neuen Ansprüche entsprechen nicht den Interessen Griechenlands.

Blutige Terrorakte

Hitlers Truppen wüteten in Griechenland mit bestialischer Willkür.

Seite 2 ■

Ein „Kampfbündnis“

Zwischen Black-Metal- und NS-Szene bestehen durchaus Verbindungen. Der „Satanmörder“ aus Witten war auch für die NPD aktiv.

Seite 3 ■

Schleppende Verfahren

Ermittlungen gegen Aktivisten einer neonazistischen Berliner Kameradschaft verliefen bisher weitgehend im Sande.

Seite 4 ■

Deutsche Recken

Die Hamburger Burschenschaft Germania findet NS-Symbole offenbar Spaßig.

Seite 6 ■

Folgenreiches Erinnern

Aus Anlass des 60. Jahrestags des Überfalls auf die Sowjetunion zeigt eine Ausstellung die Lebensläufe einstiger Kriegsgegner.

Seite 9 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

NS-Vergangenheit**Blutspur der Nazis**

In Griechenland wüteten Hitlers Truppen besonders grausam.

Es gibt keinen während des Zweiten Weltkrieges von den Deutschen eroberten Staat, in dem die Okkupanten keine Blutspur hinterlassen hätten. Am glimpflichsten sind das kleine Luxemburg sowie die skandinavischen Länder Norwegen und Dänemark davon gekommen. Zwar wurden auch dort Geiseln erschossen, die jüdischen Gemeinden in die Vernichtungslager deportiert, aber Massaker wie in den baltischen Staaten, Jugoslawien, Polen und der Sowjetunion waren dort eher die Ausnahme. Der Grund ist klar: Im Westen führten die Nazis - ausgenommen gegen die Juden - keinen Vernichtungskrieg. Es gibt allerdings zumindest zwei Ausnahmen: Italien und Griechenland. Nachdem Hitlers engster Verbündeter Italien Anfang September 1943 aus dem „Stahlpakt“ Deutschland/Italien/Japan ausgetreten war, nahmen Wehrmacht und SS grausame Rache. Zehntausende italienische Soldaten wurden formell entlassen, womit sie den Schutz der Genfer Konvention für Kriegsgefangene verloren. Dann kamen sie als Zwangsarbeiter nach Deutschland. Viele Dörfer wurden niedergebrannt, die Bewohner grausam massakriert. Ähnlich erging es unzähligen Griechen.

Im Oktober 1940 hatte das faschistische Italien Griechenland überfallen. Die italienischen Verbände gerieten aber wegen des Widerstands im nördlichen Epirus ins Stocken. Im April 1941 kamen die Nazis über Jugoslawien und Bulgarien dem Achsenpartner zu Hilfe. Hitler wollte vor dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 die südliche Flanke sichern. Griechenland wurde in drei Besatzungszonen aufgeteilt: eine deutsche, eine italienische und eine bulgarische. Nach Italiens Kapitulation von 1943 übernahmen die Deutschen deren Zone. Ehe Hitlers Truppen im September 1944 Griechenland räumen mussten, ließen sie ihren Zorn ungehemmt an zahllosen Zivilisten aus. Besonders zu nennen sind hier Kalavrita und Distomon. In Kalavrita überlebte fast niemand die Rache der SS nach einem Partisanenangriff, in Distomon brachten am 10. Juni 1944 Angehörige des 7. Regiments der 4. SS-Polizei-Panzerdivision 218 Menschen um. Der älteste war ein 86-jähriger Greis, der jüngste ein zweimonatiger Säugling.

Diese Terrorakte, die es in vielen Dörfern gab, unterschieden sich von der Vernichtung der griechischen Juden durch die bestialische Willkür. Im selben Monat, in dem die Okkupanten eingerückt waren, wurden in Athen und Saloniki die jüdischen Archive vom Einsatzstab Rosenberg beschlagnahmt. Damit verfügten die Besatzer über Unterlagen, die sie für die Jagd auf die Gemeinden brauchten. Der direkte Terror begann am 11. Juli 1942 mit der Deportation von 9 000 männlichen Juden aus Saloniki. Sie wurden der „Organisation Todt“ als Zwangsarbeiter zugewiesen. In der bulgarischen Zone hofften die griechischen Juden, sicher zu sein. Man wusste, dass der bulgarische König sich weigerte, „seine“ Juden auszuliefern. Die Hoffnung erwies sich als trügerisch. 20 000 griechische Juden mussten auch dort die Deportationszüge nach Auschwitz besteigen, weil der König in seiner Besatzungszone bulgarische Bauern ansiedeln wollte. Die Sammellager befanden sich in Radomir, Dupniza und Gorna Dzhumaja. Die SS wütete öffentlich, um die nichtjüdische Bevölkerung einzuschüchtern. Juden wurden enthauptet, verstümmelt, erschossen.

In der deutschen Zone waren es die engsten Mitarbeiter Adolf Eichmanns, Dieter Wisliceny - 1948 in Pressburg zum Tode verurteilt und hingerichtet - und Alois Brunner - wird noch gesucht -, die mit Saloniki Griechenlands größte jüdische Gemeinde vernichteten. Sie ließen 48 000 Juden zunächst in drei Sammellager bringen und im März und April 1943 nach Auschwitz deportieren. Dort wurden 37 000 sofort in die Gaskammern getrieben, 11 000 kamen in Arbeitslager. Von Ende April bis zum 8. Mai '43 kamen die Juden aus Didymotikon, Orestias, Florina, Veroia und Suflion über Saloniki nach Auschwitz. Weder die Proteste italienischer Behörden noch der orthodoxen Kirche konnten sie retten.

Die nichtjüdische Bevölkerung half, wo es ging. Klöster öffneten ihre Pforten, Bauern versteckten Verfolgte und riskierten dadurch das eigene Leben. Die Polizei von Athen verteilte gefälschte Pässe. Mehr Solidarität gab es in kaum einem besetzten Land, Dänemark ausgenommen. Ergriffene Helfer wurden öffentlich gefoltert und hingerichtet. Nach der Befreiung entstanden nach und nach überall im Land vorwiegend kleinere Gedenkstätten. Die Bevölkerung versuchte, das Andenken wach zu halten. An Entschädigung dachte Jahrzehnte niemand. Man blieb mit seinem Schmerz allein.

Heiner Lichtenstein

Aktivitäten

„Kampfesbündnis“

Der „Satansmörder“ aus Witten war nicht nur in der NS-Black-Metal- und der satanistischen Szene, sondern auch für die NPD aktiv.

Symbolträchtige 66 Machetenhiebe und Hammerschläge waren notwendig, um die „Lust am Töten“ von Daniel und Manuela Ruda zu befriedigen. Am 9. Juli wurde in der Wittener Wohnung des 25-jährigen und seiner 22-jährigen Ehefrau die bis zur Unkenntlichkeit verstümmelte Leiche eines Bekannten gefunden. Die Einrichtung der Wohnung ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: ein Eichensarg, Totenschädelattrappen, CDs neonazistischer Bands, SS-Runen, und diverse andere in der satanistischen und NS-Black-Metal-Szene übliche Devotionalien. Gefunden wurde auch eine „Feindliste“, auf der laut Polizeiangaben 15 Personen verzeichnet waren, darunter auch die Mutter des 1993 im thüringischen Sondershausen von sich als Satanisten verstehenden Jugendlichen aus dem Kreis der Band „Absurd“ ermordeten Sandro Beyer.

Bevor die geflohenen Rudas am 12. Juli in Jena gestellt werden konnten, wurden sie ausgerechnet in Sondershausen und im thüringischen Apolda gesichtet. In Apolda lebt Ronald Möbus, der gemeinsam mit seinem jüngeren Bruder Hendrik das NS-Black-Metal-Label „Darker than black“ betreibt. Hendrik Möbus ist einer der drei vorzeitig aus der Haft entlassenen Mörder von Sandro Beyer. Nach weiteren einschlägigen Straftaten und Verurteilungen setzte er sich in die USA ab, wo er seit seiner Ergreifung in Abschiebehaft sitzt.

Apolda ist auch der Sitz der Zeitschrift „Germanenorden“, die von Heike Langgut, der Lebensgefährtin von Ronald Möbus, herausgegeben wird und die im Vorjahr mit dem Fanzine „Freyja“ zu „Freyja's Germanenorden“ fusionierte. Beste Kontakte werden von der Redaktion unter anderem nach Nordrhein-Westfalen gepflegt, beispielsweise zu dem Kreis um den Oberhausener Versand „Hate-Core Production“ sowie zu der den Freien Kameradschaften nahe stehenden Zeitschrift „Förderturm“. Zu deren Autoren zählt auch der Initiator der Oberhausener NS-Black-Metal-Band „Wehrhammer“, Thorsten Kunz. Dieser hatte erst

am 5. Mai in Mülheim-Kärlich einen Antifaschisten bei einem Metal-Konzert mit einem Schuss aus einer scharfen Pistole lebensgefährlich verletzt. Auch in den Rhein/Sieg-Kreis gibt es beste Kontakte. Von hier aus agiert der „Stahlgewitter“-Musiker Frank Krämer, der als Bundesleiter der „Deutschen Heidenfront“ fungiert und auch in der „Kameradschaft Bonn-Rhein/Sieg“ aktiv ist. Sänger in Krämers NS-Black-Metal-Band „Halgadom“ ist ein weiterer zwischenzeitlich aus der Haft entlassener Mörder Sandro Beyers.

Doch die Rudas kennen sich nicht nur in der NS-Black-Metal- und Satanistenszene, sondern auch in NPD-Strukturen bestens aus. So wurde der damals in Herten lebende Daniel Ruda 1998 vom Vorsitzenden des NPD-Kreisverbandes Recklinghausen, Wolfgang Kevering, der selbst bereits wegen Mordes an einer 23-jährigen Frau zu einer neunjährigen Haftstrafe verurteilt wurde, in Herten als Wahlhelfer für die anstehende Bundestagswahl nominiert. Zur bundesweit zentralen Wahlkampf-Demonstration der NPD am 19. September 1998 in Rostock reiste Daniel Ruda mit dem späteren Fluchtfahrzeug im Konvoi mit thüringischen und niedersächsischen Neonazis an, darunter auch der ehemalige Leiter der FAP-„Kameradschaft Recklinghausen“, Dieter Riefing, der seit einigen Jahren in der Nähe von Hildesheim lebt. Gewalttätige Übergriffe auf unliebsame Personen scheinen im NPD-Kreisverband Recklinghausen nicht unüblich zu sein. Hierfür steht auch Matthias Rösger aus Dorsten, einer der Ortsverbandsvorsitzenden. Im Dezember 1999 schlug er einen rechten Jugendlichen brutal zusammen, um diesen zu disziplinieren und wurde zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Laut „Frankfurter Rundschau“ vom 16.1.2001 führte Rösger den ersten Fausthieb mit den Worten „Schöne Grüße von Wolfgang“.

In diesem Kreisverband hätte sich Daniel Ruda also eigentlich weiter zu Hause fühlen können. Trotzdem schien ihm die Parteiarbeit keine ausreichende Perspektive zu bieten. Der bekennende Satanist Thorsten Kunz meint den Grund hierfür zu kennen. In einem Interview im „Förderturm“ verneint er die Möglichkeit einer „Verschmelzung“ der Black-Metal- mit der NS-Szene: „Ein Black Metaller ist niemals sozial Black Metal bedeutet ... Zerstörung und Vernichtung, Kämpfen in der Schlacht und die Gier nach des Feinden Blut. ... Ich denke, man hat mit der NS-Szene ein brüderliches Kampfesbündnis geschlossen, aber dabei sollte man es auch belassen.“

Pierre Briegert

Hintergrund**„Reibungsverluste“**

Trotz schwerer Tatvorwürfe verlaufen die Ermittlungen gegen gewalttätige Berliner Neonazis schleppend - die „Kameraden“ agieren unbehelligt weiter.

Vor genau zwei Jahren griffen Aktivisten der Berliner Neonazi-Kameradschaft „Germania“ deutsche und polnische Punks an. Bis heute verliefen die Ermittlungen weitgehend im Sande. Die Kameradschaft agiert inzwischen unbekümmert weiter. Die rund 20 Aktivisten der Kameradschaft gehören zu den Neonazis, die in der rechtsextremen Szene in Berlin den Ton angeben. Sie sind an der Vorbereitung und Durchführung von Aufmärschen in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern beteiligt und betreiben eine eigene Homepage im Internet. Ohne Zweifel gehört die Kameradschaft Germania zum harten Kern der bundesweit organisierten, militanten Freien Kameradschaften.

Und wenn sich die Gelegenheit bietet, schlagen die „Kameraden“ auch selber zu. So wie am 10. Juli 1999. Damals hatte die Gruppe von langjährigen Szeneaktivisten und rechten Skinheads aus Berlin und Brandenburg einen „Ausflug“ unternommen. Nach Hamburg, zu einem von der NPD angemeldeten Aufmarsch von 600 Rechtsextremisten gegen die Wehrmachtsausstellung. Auf der Rückfahrt stießen die zwei vollbesetzten Kleinbusse der Neonazis an der Raststätte Stolpe auf eine achtköpfige Gruppe von deutschen und polnischen Punks. Was dann folgte, beschäftigt Staatsanwälte und Polizeistellen in drei Bundesländern seit nunmehr zwei Jahren. Gegen neun erwachsene und fünf jugendliche Neonazis aus Berlin und Brandenburg ermittelt die Staatsanwaltschaft Schwerin, federführend für die anderen Anklagebehörden.

Die Tatvorwürfe sind erheblich: Den Mitgliedern der Kameradschaft wird besonders schwerer Landfriedensbruch und gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung vorgeworfen. Doch wer meint, in Zeiten staatlicher Machtworte gegen Rechtsextremisten würde der harte Kern der braunen Aktivisten und Ideologen konsequent verfolgt, wird in diesem Fall eines Besseren belehrt. 14 Verdächtige, jede Menge Augenzeugen, zwei Jahre Ermittlungen und nur eine einzige rechtskräftige Verurteilung, lautet die ernüchternde Bilanz der Staats-

anwaltschaft in der mecklenburg-vorpommerschen Landeshauptstadt Schwerin.

Dabei ist längst gerichtsbekannt, wie sich der Neonazi-Angriff in Stolpe abspielte: „Die Linken saßen ganz friedlich vor ihrem VW-Bus“, sagte im Oktober letzten Jahres ein Beamter der MEGA, der brandenburgischen Polizei-Sondereinheit gegen rechte Gewalt, vor dem Amtsgericht Luckenwalde. „Plötzlich stiegen die Rechten aus ihren Fahrzeugen aus, verummten sich und warfen mit Steinen und Flaschen auf die Punks.“ Einer der Rechten habe mit einer Eisenstange zugeschlagen. Warum der Beamte und sein Kollege, die die Neonazigruppe auf dem Rückweg vom Aufmarsch nach Berlin beschattet hatten, nicht eingegriffen hätten, wollte der Richter in Luckenwalde wissen. „Alles ging so schnell, und der Überfall war so brutal, dass wir nicht einschreiten konnten“, sagte der 36-jährige Polizist und senkte den Kopf. Sein Kollege und er hätten es vorgezogen, im Gebüsch sitzen zu bleiben und per Notruf weitere Polizeikräfte zu verständigen. Genug Zeit für die Neonazis, die linken Jugendlichen, die sich vor dem Stein- und Flaschenhagel in ihr Fahrzeug flüchteten, noch ein zweites Mal anzugreifen. Der 28-jährige Jan S. aus Berlin trägt seitdem eine Narbe im Gesicht: Eine Flasche hatte sein Auge nur knapp verfehlt. An dem Bus der Punks entstanden rund 3 500 Mark Sachschaden. Wenig später wurden die Angreifer - darunter auch eine Frau - auf der Autobahn von der herbeigerufenen Polizeiverstärkung angehalten und festgenommen. Bei Hausdurchsuchungen fanden sich die sceneüblichen Schlagwaffen und Propagandamaterialien. Der Ermittlungseifer der Polizisten hielt sich jedoch in Grenzen. Weil es den Beamten offenbar zu mühsam erschien, die Kisten mit mehreren tausend rechtsextremen Flugblättern mitzunehmen, die sie feinsäuberlich sortiert bei einem der Beteiligten fanden, beschlagnahmten sie jeweils nur ein Ansichtsexemplar der Hetzschriften.

Dass die der Schweriner Staatsanwaltschaft vorliegenden Beweise und Zeugenaussagen gegen die Angreifer durchaus ausreichend sowohl für eine Anklageerhebung, als auch für eine rechtskräftige Verurteilung sein können, zeigte der Prozessausgang in Luckenwalde. Da Jugendlichen und Heranwachsenden grundsätzlich an ihrem Wohnort der Prozess gemacht wird, hatten die Schweriner Behörden das Verfahren gegen einen an dem Angriff beteiligten 21-jährigen Neonazi aus Luckenwalde an die dortige Justiz abgegeben. Die erhob relativ zügig Anklage, und im Oktober letzten Jah-

res folgte der Prozess. Das Ergebnis: Eine neunmonatige Bewährungsstrafe für den 21-jährigen Alexander T. Der zog im Juni dieses Jahres vor dem Landgericht Potsdam seine Berufung dann zurück. Damit ist das Urteil rechtskräftig.

Alexander T.'s 15 Tat- und Gesinnungsgenossen dagegen blieben bisher unbehelligt von jeglicher Anklage. „Manche sind eben schneller als andere“, lautet der trockene Kommentar des Schweriner Oberstaatsanwalts Hans-Rudolf Wirsig auf die Frage, warum die Schweriner Ankläger immer noch über den Akten brüten, während ein kleines Amtsgericht in der brandenburgischen Provinz im gleichen Zeitraum einen kompletten Prozess abwickelt. Die Gründe für den schleppenden Verlauf kann auch Oberstaatsanwalt Wirsig nicht genau erklären. Es habe „Reibungsverluste“ bei den Ermittlungen gegeben, sagt er vorsichtig. Da die Angreifer nicht in Berlin und Brandenburg lebten, sei man auf die länderübergreifende Zusammenarbeit mehrerer Behörden angewiesen. Es dauert eine Weile, bis sich der Oberstaatsanwalt zu einer konkreteren Aussage hinreißen lässt. Ungewöhnlich direkt kritisiert er schließlich, dass die Ermittlungsanweisungen der Schweriner Staatsanwaltschaft „nicht mit der gebotenen Schnelligkeit“ umgesetzt worden seien. Doch nun sei das Verfahren „auf der Zielgerade“, versichert Wirsig am Schluss. Man warte lediglich darauf, dass die polnischen Zeugen vernommen werden können. Bei der Staatsanwaltschaft Berlin - zuständig für die Ermittlungen gegen mindestens neun Beteiligte, ist man noch nicht so weit, versichert aber, an einer Anklage würde „mit Hochdruck“ gearbeitet.

Rechtsanwalt Stephan Schrage, der von einem der Geschädigten als Nebenklagevertreter eingeschaltet wurde, kann derartigen Versprechen kaum noch glauben. Er hält das Vorgehen von Polizei und Justiz gegen die Kameradschaft Germania für einen Skandal. Unverständlich ist dem Berliner Anwalt auch, warum die Haftbefehle gegen die rechten Angreifer innerhalb kürzester Zeit wieder ausgesetzt wurden. „So werden Neonazis regelrecht ermuntert, weiterzumachen“, sagt Schrage. Dass dem tatsächlich so ist, zeigt das jüngste Projekt der Germania: Der Aufruf zu einer Großdemonstration am 3. Oktober in Berlin. Und auch ansonsten geben sich die Kameraden weiter militant: Besucher der Kameradschafts-Homepage werden dort von „Radio Germania“ neben Zeit- und Datumsangabe mit „88 Kameraden“ begrüßt - dem szeneeigenen Zahlencode für den verbotenen Hitlergruß. *Heike Kleffner*

Aktivitäten

Die Narben bleiben

Urteil gegen Brandstifter rechtskräftig

Ein Mädchen mit dunklen Haaren steht auf dem Schulhof. Das Thermometer hat bereits die 26-Grad-Marke überschritten. Wenn die anderen Kinder in Röcken und kurzen Hosen spielen, schämt sich die 12-Jährige. Sie will ihren Mitschülern die Narben an den Beinen nicht zeigen. Das Mädchen ist Krenare aus Ludwigshafen und die Narben stammen von einem Brandanschlag vor einem Jahr.

In der Nacht zum 16. Juli 2000 hatten die vier rechtsextremen Skinheads Andreas Wiegand, Steffen Schwarm, Christian Seibert und Michael Fendrich Molotow-Cocktails auf eine Asylbewerberunterkunft in Ludwigshafen-Oppau geworfen. Ein Brandsatz durchschlug die Scheibe und landete auf dem Schoß von Krenare. Ein Teil des Benzins ging in Flammen auf. Wäre der Brandsatz richtig explodiert, wäre sie und die anderen Bewohner der Unterkunft wohl nicht mehr am Leben. Krenare erlitt Verbrennungen zweiten Grades am Oberkörper und an den Beinen. Mehrfach musste sie operiert werden. Heute geht Krenare wieder ganz normal in die Schule. „Sie ist ein fröhliches Kind und hat zumindest äußerlich alles gut überstanden“, sagt ihre Anwältin Katja Kosian. Nur manchmal werde sie von anderen Schülern gehänselt. „Die fragen dann, ob sie in eine Friteuse gefallen ist!“

Die vier Skinheads konnten wenige Tage nach der Tat gefasst werden. Fendrich war mit gerade erst 14 Jahren der Jüngste, Wiegand mit 18 der Älteste. Er war gemeinsam mit Steffen Schwarm schon vor der Tat als rechtsextrem bekannt, galt in der Szene aber als Mitläufer. Der arbeitslose Wiegand hatte nach der Tat sogar mit seinem „Treffer“ angegeben. Motiv der Tat war Ausländerfeindlichkeit. Knapp vier Monate nach dem Anschlag wurden die Skinheads vom Frankenthaler Landgericht unter anderem wegen versuchten Mordes in fünf Fällen verurteilt. Wiegand erhielt als Haupttäter fünf Jahre, Schwarm und Seibert dreieinhalb und Fendrich zweieinhalb Jahre Gefängnis. Der Bundesgerichtshof hat Anfang Juni die Revision von Wiegand und Schwarm als unbegründet verworfen. Über die Revision der beiden anderen ist noch nicht entschieden. Fendrich wurde bereits vor einigen Wochen aus der Haft entlassen. *Daniel Ernst*

Aktivitäten**Germanen-Humor****Hamburger Burschenschaft amüsiert sich mit Hakenkreuzsymbol und Führergruß**

Dass die Hamburger Burschenschaft Germania gute Kontakte ins rechtsextremistische Lager unterhält, ist bekannt (siehe BNR 1/2001). So sorgte die Germania in den 90er Jahren für Schlagzeilen, weil sie in ihren Räumen an der Sierichstraße den ehemaligen Vorsitzenden der mittlerweile verbotenen FAP Andre Goertz beherbergte, rechtsextremistischen Referenten wie Manfred Rouhs ein Forum bot und Republikanern als Postadresse diente. Jetzt wurden Interna bekannt, die die schlagende Verbindung erneut in ein rechtes Licht rücken: Ein Burschenschaftler der Germania hinterließ in einem Kopierladen in Universitätsnähe Druckvorlagen, die mit Hakenkreuzsymbol und Führergruß ebenso kokettieren wie mit den Heldentaten des Nazi-Generalleutnants Dr. Karl Mauss.

„Bei schweren Kämpfen um Elbing hat sich der mit den Schwertern zum Eichenlaub des Ritterkreuzes ausgezeichnete Kommandeur der 7. PD, Generalleutnant Mauss, durch hohe persönliche Tapferkeit und Entschlusskraft besonders hervorgetan.“ Dieses Zitat aus dem Wehrmachtsbericht vom 20. Februar 1945 prangt über einem Mauss-Porträt - eine der Druckvorlagen, die ein Vertreter der Germania vor einigen Monaten als Postkartenmotiv veredeln lassen wollte. Gedruckt wurde das Konterfei des Alten Herren („Aktiv Wintersemester 25/26 Hamburger Burschenschaft! Germania“) aber ebensowenig wie eine launige Karikatur, auf der ein betrunkenen Matrose auf einem Schiff zu sehen ist, der zum so genannten Führergruß ausholt und eine Sprechblase absondert, deren schlichte Botschaft aus einem Hakenkreuz besteht. Ansonsten wird auf dem Holzkahn, auf dem die Hamburgfahne ebenso flattert wie die Totenkopffahne, gesoffen, gefurzt, gesungen und kopuliert - deutscher Humor der Güteklasse Germania.

Auch Postkarten mit einem anderen Cover wurden nicht durch die Rotationsmaschine gejagt: Duster dreinblickendes, blondes Girlie mit zwei stramm geflochtenen Zöpfen, die über einem Hemd mit hohem Kragen baumeln. Die junge Maid wirkt wie eine moderne Variante eines BDM-Mädels. „Die drei Versionen sollten wir in ziemlich hoher Auf-

lage drucken. Ein großer Typ mit einem Schmiss im Gesicht hatte das Material bei uns abgegeben“, erinnert sich die couragierte Mitarbeiterin des Kopierladens. Sie verschleppte den Auftrag so lange, bis sich kein Germane mehr meldete.

Der lockere Umgang der in der Hansestadt berüchtigten Burschenschaft mit rechtsextremistischen Personen, Symbolen und Sprüchen habe Tradition, weiß Felix Krebs aus jahrelangen Recherchen. Der Sachbuchautor und Arzt hat ein Werk über Hamburger Verbindungen geschrieben. Nicht die Inhalte, nur die Strategie der Germania habe sich geändert, sagt Krebs. „Die Germania hat einen Umschwung eingeleitet - weg von der militanten Linie in Richtung Neue Rechte.“

Zu den „Intellectualisierungstendenzen“ der Germania passt das aktuelle hochschulpolitische Engagement der Chargierten. So kandidierten „Schriftwart“ Thomas Narloch, „Fechtwart“ Jürgen Grasl und „Fuxmajor“ Olaf Svensson im Januar auf Liste 1 unter dem Namen „V.O.L.K.“ für das Studentenparlament der Hamburger Uni. Das Kürzel, unter dem die Germanen angetreten sind, steht für „verantwortlich“, „objektiv“, „loyal“ und „konservativ“. Einer, nämlich der auf Listenplatz eins angetretene Narloch, wurde tatsächlich gewählt.

Volker Stahl

Hinweis

Bergisch-Gladbach - Unter dem Motto „Gewalt, Rassismus und Zivilcourage unter Kindern und Jugendlichen“ findet am 30. und 31. August eine Akademietagung im Kardinal-Schulte-Haus in Bergisch-Gladbach statt, die von der Landeszentrale für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen und der Buber-Rosenzweig-Stiftung der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit durchgeführt wird. Mit der Tagung wollen die Veranstalter der zunehmenden Fremdenfeindlichkeit entgegenzutreten und Beispiele pädagogischer Praxis für Unterricht und Schulleben vorstellen. Behandelt werden unter anderem das Toleranzprogramm „Betzavta“, „SOS-Schule ohne Rassismus“, das Kindertraining „Faustlos“, Bausteine für die pädagogische Annäherung an Geschichte und Wirkung des Holocaust. Ein einführendes Grundsatzreferat hält der Rechtsextremismusforscher Hans-Gerd Jaschke aus Berlin.

Anmeldung und Information: Buber-Rosenzweig-Stiftung, Postfach 1445, 61214 Bau Nauheim; Tel. 06032 - 9 11 10, fax - / 9 11 125

Aktivitäten

Braun abgefärbt

In München wurde der Prozess wegen des brutalen Überfalls von rechtsextremen Schlägern auf einen Griechen eröffnet. Angeklagt ist auch Reiner Mehr, Ex-Mitglied der Burschenschaft Danubia, Bruder des 1997 tödlich verunglückten Neonazi-Kaders Harald T. Mehr.

Vor dem Münchner Landgericht müssen sich seit dem 20. Juni die drei Rechtsextremisten Björn Balbin (29), Reiner Mehr (25) und Enrico Schenker (22) verantworten. Die Angeklagten werden der gefährlichen Körperverletzung in vier (Schenker), drei (Balbin) beziehungsweise zwei (Mehr) Fällen beschuldigt. Sie sollen in der Nacht zum 13. Januar bei dem brutalen Überfall auf einen 31-jährigen Griechen und der daran anschließenden tätlichen Auseinandersetzung mit dessen türkischen Helfern beteiligt gewesen sein (vgl. BNR 2/01).

Der Maschinenbau-Student Reiner Mehr, Ex-Mitglied der Burschenschaft Danubia, war einer der Organisatoren der Feier in der Gaststätte „Burg Trausnitz“. An dem Abend des Überfalls feierten rund 60 Rechtsextremisten Mehrs 25. Geburtstag. Die Polizei nahm 18 Verdächtige an dem Abend fest. Sieben Personen stammen aus München, neun aus dem übrigen Bayern und zwei der Hauptbeschuldigten aus dem Sauerland. In dem Lokal führt der neonazistische Freizeitverein Isar 96 e.V. regelmäßig Veranstaltungen durch. Nach Angaben des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz gehören dem braunen „Freizeitverein“, der 1996 von ehemaligen Angehörigen des verbotenen Nationalen Blocks gegründet wurde, 15 Mitglieder an. Vorsitzender ist Josef Ranftl.

Reiner Mehr hatte im Laufe des Abends in der „Burg Trausnitz“ eine tätliche Auseinandersetzung mit Christoph Schulte. Annäherungsversuche von Mehr bei Maria-Anna von Papen hatten die Eifersucht bei ihrem Freund Christoph Schulte geweckt. „Nur durch das Eingreifen weiterer Gäste“, so die Anklageschrift, „konnte eine Eskalation der Auseinandersetzung verhindert werden.“ Gegen den damals aufgetretenen Musiker Michael Müller, er musizierte auch schon bei der NPD in München, wird in einem gesonderten Verfahren in Regensburg verhandelt. Nach Mitternacht hatte von Papen ge-

meinsam mit Marc Miekeley, wegen Strafvereitelung wird gegen den NPD-Aktivistin aus Lüdenscheid separat prozessiert, das Lokal verlassen. Dabei traf sie auf den 31-jährigen Griechen, der sich auf seinem Heimweg befand. Sie provozierte, beleidigte und schlug ihn. Als sich der Passant zur Wehr setzte, verletzten vier Rechtsextremisten, darunter von Papen und Schulte, ihn schwer. Sie traten mit Springerstiefeln auf den Wehrlosen ein und riefen dabei rassistische Parolen wie „Scheiß Ausländer, stirb jetzt“, „Scheiß Türke, Scheiß Kanake“ sowie „jetzt bekommst Du das, was Du verdienst“.

Der Angeklagte Mehr, Bruder des Ende 1997 im Alter von 27 Jahren tödlich verunglückten Führungskaders der Sauerländer Aktionsfront (SAF), Harald Theodor Mehr, wird von dem rechtsextremen Szene-Anwalt Günther Herzogenrath-Amelung aus Regensburg verteidigt. Der Jurist war in der Vergangenheit im Umfeld der 1992 verbotenen Nationalistischen Front tätig. Beim Stuttgarter „Bewegungsprozess“ verteidigte Herzogenrath-Amelung Anfang der 90er Jahre den damaligen Bundesvorsitzenden der später ebenfalls verbotenen Nationalen Offensive, Michael Swierczek. Der Verteidiger von Enrico Schenker ist Rechtsanwalt Miksch, der auch schon als Anwalt des NPD-Landesverbandes fungierte.

Wegen der Sommerpause ist der Prozess bis zum 13. August unterbrochen. Gegen die drei Hauptbeschuldigten Christoph Schulte, Maria-Anna von Papen und Norman Bordin wird ab dem 27. September vor einer anderen Kammer des Münchner Landgerichts wegen versuchten Mordes verhandelt. Mitangeklagt ist auch Dominik Brodmerkel. Christoph Schulte konnte erst nach einer dreiwöchigen Flucht in den Niederlanden verhaftet werden (vgl. BNR 4/01). Am 11. Juli trat der 24-jährige Lagerarbeiter Bordin vor der Sommerpause als Zeuge auf. Dabei wies der wegen eines anderen Falles von Körperverletzung inhaftierte Anführer des Aktionsbüros Nationaler Widerstand Freilassing große Erinnerungslücken auf. Offensichtlich mochte er weder sich noch einen der gegenwärtigen Angeklagten belasten. Insbesondere zum Ex-Danuben Mehr pflegt der aus Nordrhein-Westfalen stammende Bordin engen politischen Kontakt. Die beiden gelten als treibende Kräfte der oberbayerischen Neonazi-Szene. Andere Zeugen bekamen Schwierigkeiten nach ihrer Aussage vor Gericht. Einer der türkischen Belastungszeugen wurde Ende Juni am Tag nach seiner Prozess-Aussage von zwei Skinheads bedroht. *Brigitte Gross*

Aktivitäten**Alte „Neue“ Rechte****Erste Sommeruniversität in Deutschland**

Der Führungswechsel von Hamburg nach Dresden bei Synergon, der deutschen Sektion des „neu“rechten Netzwerkes Synergies Européennes, mag unter praktischen Erwägungen für den Verband nützlich gewesen sein, um die Arbeitsfähigkeit zu erhalten. Aber auch wenn für die neue Ausgabe des Mitteilungsblattes „Synergon-Forum“ unter dem Leitmotto „Ausbruch aus den Ideologien“ geworben wird, wird bereits an den Themen deutlich, dass eine Orientierung an älteren Ideologen, wenn auch in ungewöhnlicher Mischung, erfolgt. Rudolf Steiner, Alfred Rosenberg und Julius Evola mit ihrer jeweiligen Form der Gottsuche bilden den Rahmen.

Den internen Auseinandersetzungen in der italienischen Sektion ist es vorwiegend geschuldet, dass die zentrale Sommeruniversität des Verbandes in diesem Jahr erstmals in Deutschland stattfinden soll. Als Tagungsort der Schulung vom 15. bis 19. August wird Hannover angegeben. Entsprechend hat sich die Zusammensetzung der Referenten gegenüber den Vorjahren deutlich verändert. Die bisher dominierenden Italiener fehlen völlig, Franzosen sind relativ rar gesät. Hier macht sich bemerkbar, dass dieses Netzwerk nach einigen Anfangserfolgen stagniert und es nicht gelungen ist, aus den Rückschlägen beim französischen GRECE Nutzen zu ziehen. Dort ist zuletzt wegen Finanzlücken Charles Champetier, bisher Chefredakteur der „Elements“ und der „Nouvelle Ecole“, als Hauptamtlicher ausgeschieden.

Die deutschen Referenten bei der Sommerakademie der Synergies Européennes kommen vorwiegend aus der Umfeld der Vierteljahreszeitschrift „Hagal“. Neben Martin Heidegger gehört Werner Georg Haverbeck, eine zentrale Person der Ökologie von rechts, zu den porträtierten Ideologen. Allerdings spielen auch Vertreter der reaktionären Avantgarde wie die Schriftsteller Gabriele D'Annunzio und Ezra Pound eine wichtige Rolle bei dem Treffen. Guillaume Faye wird erstmals für ein weitgehend deutsches Publikum seine Theorie der „Konvergenz der Katastrophen“ umreißen. Faye, ehemals Chefideologe des GRECE, ist seit einigen Jahren bei der konkurrierenden Fraktion „Terre et Peuple“ von Pierre Vial aktiv. *Jean Cremet*

Verfassungsschutz**Zulauf für Neonazis****In Mecklenburg-Vorpommern sind besonders die Kameradschaftsbünde aktiv**

Eine im Vergleich zum Vorjahr unveränderte Tendenz vermeldet der Lageüberblick Rechtsextremismus im aktuellen Extremismusbericht 2000 des Innenministeriums in Mecklenburg-Vorpommern. In Kurzform heißt das: mehr Neonazis und Skinheads, Stagnation der rechtsextremistischen Straftaten (268 wie im Vorjahr), Mitgliederschwund bei rechten Parteien.

Rund 900 Personen (1999: 800) gehören landesweit zum „harten Kern“ der Skinheadszene und anderer Gewaltbereiter. Steigende Tendenz vermelden die Schlapphüte auch bei der Zahl der Neonazis, die sich um 50 auf jetzt 350 Personen erhöht hat. Von Bedeutung ist in dem Küstenland weiter die so genannte „Kameradschaftsbewegung“. 50 neonazistische Kameradschaften sind in den letzten Jahren in Erscheinung getreten. 15 waren im Jahr 2000 aktiv, darunter berüchtigte Truppen wie die Kameradschaftsbünde „Mecklenburg“, „Anklam“ und „Usedom“, der „Norddeutsche Kameradschaftsbund Ribnitz“, die „National-Germanische Bruderschaft“ und die „Kameradschaft Schwerin“. Auch die „Freien Nationalisten“ sind im Bundesland weiter auf dem Vormarsch. Einer der Vordenker des Konzepts der schnellen Mobilisierung und Aktionsbereitschaft, Thomas Wulff, hatte 1998 im Landkreis Ludwigslust das „Gutshaus Amholz“ erworben. Wulff wollte das marode Herrenhaus ursprünglich zu einer Art „Begegnungsstätte“ ausbauen. Bisher firmiert unter dieser Adresse aber nur das Freie-Nationalisten-Sprachrohr „Zentralorgan“. Die passende Musik spielt „Nordmacht“, eine in Mecklenburg verwurzelte Combo mit dem Heimatsound der besonderen Art. Auf einer Plattenhülle prangt neben Hakenkreuz und bewaffneten Soldaten der Satz „Ihre Ehre hieß Treue“.

Zurückhaltender reagiert die vom Verbot bedrohte NPD: keine Demos, Distanzierung von Neonazis lautete die Marschroute 2000. Die Mitgliederzahl reduzierte sich von 300 im Jahr 1999 auf 200 im vergangenen Jahr. Mittlerweile werden wieder 250 Getreue gezählt. DVU (150 Mitglieder) und Republikaner (100) sind zwischen Elbe und Oder bedeutungslos. *Volker Stahl*

Demokratische Initiativen

Kraft des Erinnerns**Eine Ausstellung zeigt Lebensläufe einstiger Kriegsgegner**

Das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst zählt nicht zu den bekanntesten Adressen der Hauptstadt. Das ist bedauerlich, denn es ist als Gedenkstätte ebenso bemerkenswert wie als Platz zum Studium des wohl wichtigsten Kapitels der jüngeren deutschen Geschichte. In diesem Hause wurde in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation der deutschen Streitkräfte von Generalfeldmarschall Keitel unterschrieben und vom sowjetischen Marschall Shukow bestätigt. Der Saal als Schauplatz eines welthistorischen Ereignisses ist im Originalzustand erhalten. An diesem Ort entstand 1995 das erste gemeinsame deutsch-russische Museum, in dem man nach so vielen Jahren der Einseitigkeit der Geschichtsbetrachtung in Ost und West die Historie des Krieges vom Überfall auf die Sowjetunion bis zum bitteren Ende in zertrümmerten Städten, verbrannter Erde, Kriegsgräbern und Gefangenenerlagern ohne ideologische Prämissen studieren kann. Vom „Kapitulationsmuseum“ sind zwar Waffen und Uniformen, Orden und Fahnen geblieben, die nun einmal dazugehören, aber im Vordergrund stehen nicht Helden, sondern Menschen, nicht Siege, sondern Leiden, nicht Stolz, sondern Schmerz. So wurde das Museum nach dem Willen seiner Gestalter ein sehr menschliches, ein Museum gegen den Krieg.

Aus Anlass des 60. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion ist bis Ende September (gleichzeitig auch in Moskau und Kiew) eine Sonderausstellung „Juni 1941: Der tiefe Schnitt“ zu sehen, die diese Absicht an 24 Biografien bekannter und unbekannter einstiger Gegner vertieft. Dabei ist ein Mosaik gelungen, wie es kaum vielfarbiger ausfallen konnte: Die Lebensläufe der Täter und der Opfer reichen von Heerführern wie Marschall Rokossowski und Generaloberst Guderian über Fanatiker wie Reichsernährungsminister Backe, der in seiner Nürnberger Zelle Selbstmord beging, oder Berija-Schützling und -Nachfolger Serow bis zu jungen Soldaten, die das Kriegsende nicht erlebten. Besonders aufschlussreich sind - meist jüdische - Schicksale, in denen sich deutsche und russische Geschichte gleichsam überschneiden und verknüpfen. Konrad Wolf, in Hechingen geboren, emigriert mit Eltern und Bruder nach Moskau, kommt 1945 als Offizier der Roten Armee nach Deutschland zurück, studiert dann bis 1950 in Moskau Kinematographie und wird anschließend einer der angesehensten Filmregisseure der DEFA. Der Berliner jüdische Musiker Adolf Rosner emigriert in verschiedene Länder, schließlich nach Polen, von wo aus er im Oktober 1939 nach Weißrussland flieht. Von 1941 bis '46 ist er der führende Jazzmusiker der Sowjetunion. Dann kommt er in politische Konflikte, wird zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt, 1954 amnestiert, in Moskau Leiter der populären Big Band. 1973 wird ihm die Ausreise nach Berlin gestattet, wo er 1976 stirbt.

Manche werden durch die Erlebnisse des Krieges und die Beschäftigung mit dem anderen Volk zu Brückenbauern. Lew Kopelew gelang der historische deutsch-russische Brückenschlag ebenso wie auf deutscher Seite Joseph Beuys. Jewgenija Alexandrowna Kazewa wurde im belorussischen Gomel geboren und lernte Russisch erst in der Schule, da man zu Hause jiddisch sprach. Nach Kriegsbeginn meldete sie sich freiwillig zur Baltischen Flotte und zum Einsatz im belagerten Leningrad. Sie arbeitete dort und später in Berlin vorwiegend als Dolmetscherin. Seit den 60er-Jahren ist sie in Moskau Herausgeberin und Übersetzerin deutschsprachiger Literatur, unter anderen von Heinrich Böll, Günter Grass, Max Frisch, Erwin Strittmatter, Christa Wolf.

Ein Bericht kann den Ausstellungsbesuch nicht ersetzen. Es fehlen die Fotos und die Dokumente, die Briefausschnitte und vieles mehr. Es fehlen die Schicksale von Vadim Sidur, dessen Treblinka-Denkmal vor dem Amtsgericht Charlottenburg steht, von Helmut Hoffmann, der 1995 seine Kriegsfotos in dem Band „Nachbelichtet“ mit Texten versah und veröffentlichte, vom Grafiker Claus Hansmann und seinem Buch „Vorüber - nicht vorbei“, der „Stalingrader“ Offiziere Gerhart Humbert und Michail Plotnikow, die durch ihren im vorigen Jahr als „Stalingrader Geschichte“ herausgegebenen Briefwechsel zu Freunden wurden. Die Exposition reizt zum Denken, zur Auseinandersetzung. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat zur Eröffnung auf die produktive Kraft hingewiesen, die Erinnern haben kann. „Erinnern an Unglück, an Verbrechen, an Inhumanität, aber auch die Vergegenwärtigung unseres historischen Glücks sind Verpflichtung für Handeln in der Gegenwart. Erinnern, das folgenlos bliebe, taugte nicht viel. Erinnern wir uns also folgenreich.“

Ralf Bachmann

Deutsch-Russisches Museum Berlin Karlshorst, Zwieselerstr. 4, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10-18 Uhr

Seitenblick**Die Mitte „erobert“**

Als die CDU im hessischen Landtagswahlkampf 1999 Unterschriften gegen die erleichterte Einbürgerung von Migranten sammelte, da fragte mancher Passant, wo er denn „gegen die Ausländer unterschreiben“ könne. Ähnliche Tendenzen unverhohlener Fremdenfeindlichkeit lassen sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen ausmachen - nicht nur an den rechtsextremistischen Rändern.

Den Nachweis, dass ursprünglich „rechte Themen“ längst Eingang in die Debatten der politischen Mitte gefunden haben, treten die Kölner Wissenschaftler Christoph Butterwegge und Alexander Häusler in einer 52-seitigen Medienexpertise an, die sie für die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW) verfasst haben. Die Autoren stellen fest, dass „rechtsextremen Intellektuellen, die sich in ‚Denkfabriken‘, Stiftungen und Diskussionszirkeln als sog. Neue Rechte formieren, (...) in den 90-er Jahren der inhaltliche Einbruch in den etablierten Diskurs gelungen“ sei.

Inzwischen sei es längst salonfähig geworden, soziale Prozesse unter ethnischen Vorzeichen zu verhandeln. Vor dem „drohenden Aussterben der Deutschen“ warnten nicht allein die Ultrarechten. Auch in bürgerlichen und liberalen Medien seien Beiträge entsprechender Diktion zu finden. Die Autoren nennen beispielhaft einen „Zeit“-Aufmacherartikel aus dem Jahr 2000. Die Art, in der hier Kinderarmut als „Mangel an (deutschen) Kindern“ begriffen und zum Hauptproblem der Gesellschaft erklärt werde, so Butterwegge/Häusler, erinnere an ultrarechte Gazetten. Bei aller Neigung, gesellschaftspolitische Themen zu ethnisieren und „kulturelle Identität“ herauszustellen, sei kaum zu übersehen, dass lediglich von Konflikten um soziale und ökonomische Ressourcen abgelenkt werden solle.

Dabei müsse sich viel eher die Frage stellen, ob eine Gesellschaft im „Zeitalter der Globalisierung“ überhaupt nicht-multikulturell sein könne. Statt Bedrohungskampagnen aus dem rechten Spektrum zu übernehmen, sei es nötig, die Integration und Einbindung von Zugewanderten in das Sozialgefüge zu fördern, postulieren die Autoren. Bei der Popularisierung der Debatte käme den etablierten Medien eine wichtige Aufgabe zu. **Gudrun Giese Butterwegge/Häusler, Themen der Rechten - Themen der Mitte. Bezug: LAGA NRW, Helmholtzstr. 28, 40215 Düsseldorf, www.LAGA-NRW.d**

Ausland**Vorbild Big Brother**

Extreme Rechte in Frankreich favorisiert Videoüberwachung. Ende August will man auf der Sommeruniversität für Ordnung in Frankreich sorgen.

Wie man sich die Zukunft vorzustellen hat, geht es nach der französischen extremen Rechten, zeigt eine aktuelle Reality-TV-Sendung. Von März bis Anfang Juli dieses Jahres strahlte der Privatsender M6 eine französische Variante der deutsch-niederländischen Produktion Big Brother aus, unter dem Titel Loft story. Elf Kandidatinnen und Kandidaten mussten 100 Tage lang in einem Container eingeschlossen verbringen, jede Woche „eliminierten“ sie und das Fernsehpublikum einen beziehungsweise eine unter ihnen durch Abwahl. Der Mouvement National Républicain (MNR) unter Bruno Mégret hat daran offenkundig Gefallen gefunden. Immer auf medienwirksame Coups bedacht, erklärte die rechtsextreme Partei in der letzten Juniwoche öffentlich in einem Communiqué, dass Loft Story die Zukunft darstelle, wie sie sich der MNR vorstelle. Nach Ansicht des MNR zeige die Sendung erstens „die absolute Effizienz der Videoüberwachung“ auf. Zum Zweiten kämen die Franzosen, jedenfalls die vor dem Fernseher sitzen, endlich in den Genuss einer plebiszitären Demokratie, „während die politische Klasse ihnen das Referendum zu lebenswichtigen Themen verweigert“ - gedacht wird an Immigration, Todesstrafe undsoweiter. Und drittens bewiese die Serie, dass „jede Gesellschaft auf Ausschluss und Selektion beruht“, schlussfolgert der Mouvement National Républicain.

Unterdessen hat die rechtsextreme Partei, deren Vorsitzender Bruno Mégret im April 2002 neben seinem alten Rivalen Jean-Marie Le Pen vom Front National ebenfalls zur französischen Präsidentschaftswahl antreten will, passend zu dieser Zukunftsvision die „Innere Sicherheit“ zu ihrem Haupt-Kampagnenthema erkoren. So wird die kommende Sommeruniversität des MNR, die vom 31. August bis zum 2. September dieses Jahres in Périgueux stattfindet, unter dem Motto „Mettons de L'ordre en France“ („Bringen wir Ordnung in Frankreich hinein“) stehen, wobei „Die Ordnung“ - im Französischen unüblich - groß geschrieben ist.

Bernhard Schmid

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF), 16. Jg., Nr. 28-30/2001: Breiten Raum nimmt das Thema Zuwanderung ein, vor der gewarnt wird. Gegen die „extrem hohe Kriminalität von Zuwanderern und Asylbewerbern“ finde kein „‘Aufstand der Anständigen’“ statt, beklagt Werner Soest (28/01). Die gescheiterte Integration vieler Zuwanderer aus Staaten, die mit der „deutschen Kultur nicht ‘kompatibel’“ seien, könne sich zum Sprengsatz in Richtung Bürgerkrieg entwickeln, prophezeit Michael Wiesberg. Die ungewollte Zuwanderung verlange der deutschen Gesellschaft unentwegt Zugeständnisse ab, beschwört der JF-Autor (29, 30/01). Eine „Umvolkung“ Deutschlands sieht Andreas Mölzer, Kulturberater des österreichischen Populisten Jörg Haider, als unausweichliche Entwicklung an, da die „Deutschen selbst ... nach wie vor im Zustand des Nationalmasochismus verharren“ und „unter rasantem Geburtenschwund“ leiden würden. Der französische „neu“rechte Vordenker Alain de Benoist wirft der deutschen Industrie, die für mehr ausländische Arbeitskräfte plädiert, vor, nur wirtschaftliche Aspekte zu sehen, aber „Faktoren wie Kultur, Stadtentwicklung, gesellschaftliches Zusammenleben, Ökologie oder innere Sicherheit“ nicht zu berücksichtigen (30/01). Im Interview hat ein Mitglied der Danubia Gelegenheit, die Burschenschaft reinzuwaschen, besonders die „Bogenhausener Gespräche“ seien geeignet, die „Mitglieder zu kritischem und objektivem Denken und Handeln ohne Vorurteile“ zu erziehen, wird behauptet (28/01). Zum Mitsingen soll offensichtlich animieren, dass alle drei Strophen des „Deutschlandliedes“ abgedruckt werden (30/01). Ihr Fett ab kriegen der Präsident des Deutschen Bauernverbands, Gerd Sonnleitner, und die Landwirtschaftliche Rentenbank, die im „nicht erteilten Auftrag der deutschen Bauern“ 10 Millionen Mark an „‘freiwilliger’ Wiedergutmachung“ für Zwangsarbeiter gezahlt habe, statt sich um die Rückgabe des Eigentums der heimatvertriebenen Bauern zu kümmern (29/01). Den 20. Juli 1944, der angeblich zunehmend aus dem „kollektiven Gedächtnis“ des wiedervereinigten Deutschlands verschwinde, will man als aktives Datum „für das Erinnern der Nation, die selbst-bewusst sein muss“. Demgegenüber gehe mit der Neuauflage der Wehrmachtausstellung ab November die „Schlamm-schlacht um die Deformation des deutschen Geschichtsbewusstseins weiter“ (30/01). (gn)

Bücherschau**Symbole des Hasses**

Die besondere Symbolsprache deutscher Rechts-extremisten darstellen und untersuchen wollen die beiden Journalisten Friedrich Paul Heller und Anton Maegerle in ihrem Buch „Die Sprache des Hasses“. Einführend gehen sie in einer Überblicksdarstellung auf die unterschiedlichen sprachlichen und nichtsprachlichen Symbole ein, erläutern ihren Hintergrund und ihre Funktion als Kommunikationsmittel. Dem folgen Ausführungen zur völkischen Esoterik und ihrer Renaissance im Rechts-extremismus in Gestalt der Thule-Mythologie. Insbesondere die Behauptungen über noch existierende Hakenkreuz-Ufos und sonstige „Wunderwaffen“ sehen die Autoren als Ausdruck dieser Einstellung an. Dem folgend widmen sie sich kurz der „Neuen Rechten“, wobei aber nur auf das „Thule-Seminar und die Organisation „Synergon“ eingegangen wird.

Anschließend präsentieren Heller und Maegerle zwei ausführliche Fallstudien: Zunächst geht es um den esoterischen Rechtsextremisten „Jan van Helsing“ mit seinen verschwörungsideologischen „Geheimgesellschaften“-Bestsellern, danach um den mittlerweile für die NPD aktiven ehemaligen Linksterroristen Horst Mahler und seine „politische Theologie“. Beachtung verdient neben dieser Deutung eines rechtsextremistischen Ideologen insbesondere die Darstellung zur rechtsextremistischen Symbolik in Bild und Wort, die einen guten Überblick zum Thema gibt. Vielleicht hätte man durch eine bessere Bebilderung und Strukturierung des Textes dieses Kapitel etwas „benutzerfreundlicher“ machen können. Auch die Ausführungen zum erneuten Aufkommen eines esoterischen Rechtsextremismus aus Lateinamerika verdienen als Hintergrundinformation Beachtung. Verstörend wirkt demgegenüber die etwas zusammengestoppelte Darbietung des Materials, das offenbar von den beiden Autoren unter großem Zeitdruck zu einem Buch verarbeitet wurde. Insofern wirken manche Ausführungen etwas fragmentarisch und finden sich ungenaue Formulierungen oder Zuordnungen im Text.

Armin Pfahl-Traugher

Friedrich Paul Heller/Anton Maegerle, Die Sprache des Hasses. Rechtsextremismus und völkische Esoterik. Jan van Helsing, Horst Mahler ..., Stuttgart 2001 (Schmetterling-Verlag), 211 Seiten, 26,80 Mark

Dokumentation**Deutscher Bundestag - Rechtsextremismus im Jahr 2000**

Wie auch in den Vorjahren dokumentieren wir nachstehend die parlamentarischen Aktivitäten für das Jahr 2000 (vgl. dazu auch BNR 1/96 <1995>, 2/97 <1996>, 12/98 <1997>, 4/99 <1998> und 12/00 <2000>). Wie schon im Vorjahr wurden die meisten Anfragen von der PDS gestellt.

Drucks.Nr.	Antragsteller/-in	Gegenstand
14/2500, 2614 14/2503, 2624 14/2504, 2628	Jelpke, PDS Jelpke, Pau, PDS Jelpke, Pau, PDS	Ausländerfeindl. u. rechtsextrem. Ausschreitungen 12/1999 Indizierung rechtsextrem. Bücher ... im Jahre 1999 Tötungsdelikte und Straftaten mit Todesfolge mit fremdenfeindl. u. rechtsextrem. Motiv. 1999
14/2506, 2637 14/2499, 2615 14/2528, 2638 14/2773, 2892 14/2882, 3058 14/2879 14/2921; Pl.Pr.93/94	Jelpke, Pau, PDS Jelpke, PDS Jelpke, Pau, PDS Jelpke, PDS Jelpke, PDS Fischer, CDU/CSU Luft, Jüttemann, PDS	Rechtsextrem. Skinhead-Musik 1999 Antisemitische Straftaten im 4. Quartal 1999 Rechtsextrem. Skinhead-Musik 1998 Ausländerfeindl. u. rechtsextrem. Ausschreitungen 1/2000 Dto. 2/2000 Maßn.gg. Mißbrauch des Internets durch Rechtsextremisten Entschl. Antrag z.Gr. Anfrage Zur Entwicklung ... in Ostdeutschland
14/3106 Pl.Pr.108, 124, 129 mit 3516 14/3150, 3259 14/3151, 3260 14/3223, 3280 14/3219, 3349	Braun, Burgbacher, FDP mit Vogt, Bahr, SPD Jelpke, PDS Jelpke, PDS Jelpke, PDS Jünger, Jelpke, PDS	Antr. „Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen“ Ausländerfeindl. u. rechtsextrem. Ausschreitungen 3/2000 Antisem. Straftaten im 1. Quartal 2000 Das gepl. Holocaust-Mahnmal u.d. Rechtsextremismus Programme zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus (in den letzten zehn Jahren)
14/3335, 3450 14/3486, 3621 14/3604, 3661 14/3605, 3662 14/3883, 3945 14/3884, 3946 14/3936, 3979	Jelpke, PDS Jelpke, PDS Jelpke, PDS Jelpke, Pau, PDS Jelpke, PDS Jelpke, PDS Jelpke, Pau, PDS	Ausländerfeindl. u. rechtsextrem. Ausschreitungen 4/2000 Der Arun-Verlag und der Rechtsradikalismus Ausländerf. u. rechtsextrem. Ausschreitungen 5/2000 Hooligans, der Rechtsextrem. und die Fußball-Europameisterschaft Antisemitische Straftaten im 2. Quartal 2000 Ausländerfeindl. u. rechtsextrem. Ausschreitungen 6/2000 Zusammenarbeit des BKA und des Bundesamts für Verfassungsschutz mit einem rechtsextremen V-Mann
14/4012, 4057	Pau, Jelpke, PDS	Rechtsextremismus und öffentlicher Dienst - Rechtsextremisten 1999 im Vergleich zu 1997/98, sowie Disziplinarmaßnahmen
14/4013, 4050 14/4014, 4056 14/4015 4077 14/4019	Jelpke, Pau, PDS Pau, Jelpke, PDS Pau, Jelpke, PDS Pieper, FDP	Rechtsextrem. u. ausländerfeindl. Ausschreitungen 7/2000 Rechtsextrem., antisem. und ausländerfeindl. motivierte Straftaten im Zusammenhang mit Parteien Bundesmittel aus dem Haushaltsjahr 2000 für die Bekämpfung des Rechtsextremismus Zusammensetzung der Mittel für die Bekämpfung des Rechtsextremismus
14/4019	Jelpke, PDS	Anweisung des BMI Otto Schily an das BfV betr. Nichterhebung rechtsextremistischer Straftaten
14/4055	Bonitz, CDU/CSU	Einführung eines sog. „Zwangspfades“ im Internet, insbes. im Hinblick auf rechtsextremistische Inhalte
14/4055 14/4107 4337	Dto. Pau, Jelpke, PDS	Einsatz von Bodyguards im Kampf gg. Rechtsextremismus Rechtsextreme Tendenzen in Ausgaben der Zeitschrift „Soldat im Volk“ Auswirkungen auf die Bundesförderung

Drucks.Nr.	Antragsteller/-in	Gegenstand
14/4102, 4261	Pau, PDS	Erfassungsmerkmale für Tötungsdelikte aus rechtsrechtsextrem u. fremdenfeindlicher Motivation
14/4106, 4239	Jelpke, PDS	Tatsächlich oder vermutlich rechtsextrem motivierte Tötungsdelikte gegen Obdachlose
14/4105, 4287	Jelpke, PDS	Ausländerfeindl. u. rechtsextrem. Ausschreitungen 7 u. 8/2000
14/4126	Buntenbach, B90/GR	Rechtsextrem. Tendenzen in der „Deutschen Militärzeitschrift“
14/4147, 4307	Jelpke, PDS	Liste des Bundeskriminalamts mit Gefährdungshinweisen über Teilnehmer an einer Demonstration gegen Rechtsextremismus
14/4137, 4352	Jelpke, PDS	Erhebungen des Bundeskriminalamts und des Bundesamts für Verfassungsschutz über rechtsext. Straftaten
14/4122,	Böttcher, PDS	Absicherung der verfassten Studentenschaft durch eine Weiterentw. d. HRG, Engagement gegen Fremdenfeindl. u. Rechtsextremismus
14/4122;	Haupt, FDP	Förderung rechter Veranstaltungen,
PIPr 14/120		insbesondere „Arcana Europa“ durch die EU
PIPr 14/122	Schröder, SPD	Regierungserklärung Stand des Vereinigungsprozesses, u.a.
4/4258, 4400	Jelpke, PDS	Bekämpfung Rechtsextremismus u. Ausländerhass
14/4255, 4401	Jelpke, PDS	Antisemitische Straftaten im 3. Quartal 2000
14/4325,	Bosbach, Marschewski	Ausländerfeindl. u. rechtsextrem. Ausschreitungen 9/2000
4465	CDU/CSU	Ausschreitungen von Links,- Rechts- u. ausländischen
14/4306,	Jelpke, PDS	Extremisten im 1. Halbjahr 2000
4467		Weitere Ergebnisse der Überprüfung der Zeitschrift
14/4206	Austermann, CDU/CSU	„Der Schlesier“ auf eine rechtsextreme Ausrichtung
PIPr 14/123		Verschärfung der §§ 86/86 a StGB
14/4310	Titze-Stecher, SPD	Anzahl der links- und rechtsext. Straftaten mit Todesfolge seit 1980
14/4344, 4464	Jelpke, PDS	Erfassung der Urteile bei rechtsextremistischen, antisemitischen und fremdenfeindlichen Straftaten
14/4494, 4701	Jelpke, PDS	Das Ostpreußenblatt und der Rechtsextremismus
14/4446, 4583	Jelpke, PDS	Tatsächliche oder vermutlich rechtsextrem motivierte Tötungsdelikte gegen Obdachlose (Nachfrage)
14/4495, 4975	Jelpke, PDS	Ausländerfeindl. und rechtsextrem. Ausschreitungen 10/2000
14/4568	Büttner, CDU/CSU	Gewalttaten mit rechts- oder linksext. Hintergrund seit 1990
14/4468,	Schlee, CDU/CSU	Strafrechtliche Verfolgung der Auftritte von Rechtsextremisten
PIPr 14/131		im Internet
14/4468,	Schlee, CDU/CSU	Schädigung des Ansehens der BRD im Ausland durch
PIPr 14/131		Verbreitung neonaz. Propaganda; Maßnahmen z. Strafverfolgung
14/4567,	Uhl, CDU/CS	Hintergründe des Anschlags auf die Düsseldorfer Synagoge
PIPr 14/132		in der Nacht zum 3. Oktober 2000
14/5017	Bonitz, CDU/CSU	Maßnahmen gg. Verbreitung rechtsextremer deutschsprachiger Inhalte im Internet auf Servern in den USA
14/4873, 5032	Jelpke, PDS	Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 und Erfassung rechtsextremistischer Straftaten
14/4888,	Westerwelle,	Antr. Für eine wirksame und nachhaltige Bekämpfung des Rechts-
4500 PIPr	Schmidt-Jortzig, FDP	extremismus - deshalb gegen ein NPD-Verbot
14/ 141,142		
14/4982, 5040	Jelpke, PDS	Ausländerfeindl. u. rechtsextrem. Ausschreitungen 11/2000
14/4993	Schmidt-Jortzig, FDP	Nichtbeachtung rechtsextremistischer Motivation bei Straftaten
14/5017	Grund, CDU/CSU	Fälle vermeintlich rechtsradikaler Gewalt seit 1995; Auswirkungen der Medienberichterstattung auf den Ruf der Kommunen
14/5017	Bonitz, CDU/CSU	Erkenntnisse des Bundeskanzlers über den Fall Sebnitz
14/5018, 5193	Jelpke, PDS	Ausländerfeindl. u. rechtsext. Ausschreitungen in 12/2000
14/5019, 5194	Jelpke, PDS	Antisemitische Straftaten im 4. Quartal 2000

Bearbeiter: Klaus-Henning Rosen

Meldungen**Inland**

■ **Augsburg** - Die rechtsextreme Gemeinschaft Deutscher Osten (GDO; Untertitel: „Staatstragender Zusammenschluss volks- und reichstreuer Deutscher“) unter Führung von Rechtsanwalt Konrad Hoffmann aus Augsburg ruft in der aktuellen Ausgabe ihres Rundbriefes dazu auf, die GDO als Erbin einzusetzen: „Setzen Sie eine entsprechende Geld- oder sonstige Vermögens-Verfügung zugunsten einer bestimmten Person in Ihr Testament mit der Weisung ein, das Verfügte (den Erbteil oder das Vermächtnis) alsbald der Augsburger Gemeinschaft Deutscher Osten zweckgebunden für die ostdeutsche Exilstaats-Arbeit zuzuwenden. ... Bekennen Sie sich letztwillig zum ganzen Deutschland und legen Sie mit Ihrer Verfügung zu unseren Gunsten ein (letztes) Zeugnis ab für des Deutschen Reiches Ostgebiete!“ Die GDO geht von der Fortexistenz des Deutschen Reiches von 1871 aus. Da das Deutsche Reich „derzeit“ handlungsunfähig sei, wurde die „Reichsverweserschaft“ übernommen.

■ **Berlin** - Die Republikaner wollen zu den vorgezogenen Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 21. Oktober mit dem Landesvorsitzenden Konrad Voigt als Spitzenkandidat antreten. Auf Platz 5 der Landesliste kandidiert Hans-Ulrich Pieper, der dem Sprecherkreis der Deutschen Aufbau Organisation von Alfred Mechtersheimer angehört.

■ **Berlin** - In der aktuellen Ausgabe (Mittsommer 2001) von „Huginn+Muninn“ (Postfachadresse in Berlin), der „deutschsprachigen Midgard-Zeitung für europäische Religion, Kultur und Mysterien“, ist der Bescheid einer namentlich geschwärzten Justizvollzugsanstalt (JVA) an einen Jugendstrafgefangenen dokumentiert. Demnach ist der Bezug von „Huginn+Muninn“ dem Gefangenen nicht gestattet, „da der Inhalt dieser Zeitschrift dem Erziehungsziel zuwider läuft.“ Erkenntnissen des Staatsschutzes zufolge werden häufig kostenlose Exemplare des rechten neuheidnischen Blattes in die Haftanstalten versandt. In „Huginn+Muninn“ werde die „germanische Mythologie, insbesondere die Runenkunde sowie die germanische Rasse hervorgehoben und somit auch nationalistisches Gedankengut“.

■ **Berlin** - 15 Jahre „Junge Freiheit“ (JF) feierten 350 JF-Freunde bei einem Tag der Offenen Tür des

JF-Verlages. Teilgenommen haben neben anderen: Wilfried Böhm, Siegmund Faust, Herbert Fleissner, Wilhelm von Gottberg, Wilhelm Heddergott, Martin Hohmann, Klaus Hornung, Dirk Jungnickel, Detlef Kühn, Klaus Motschmann, Beatrix Herzogin von Oldenburg, Andreas Graf Razumovsky, Caspar von Schrenck-Notzing, Alexander von Stahl, Carl Gustaf Ströhm, Karlheinz Weissmann, Reinhard Uhle-Wettler. Schriftliche Grüße zur Feier übermittelten unter anderem die Deutschland-Bewegung, der REP-Landesverband Hamburg, der REP-Kreisverband Rems-Murr, die DSU-Politikerin Angelika Burkhardt, der Ritterkreuzträger Hans Georg Hess und der SS-Hauptsturmführer Erich Lipok.

■ **Berlin/Madrid** - Hinter dem Pseudonym „Carlos E. Izquierda“ (zu deutsch: Karl Links) soll sich Szene-Informationen zufolge Karl Lincke, ein deutscher Jurist in einer Madrider Kanzlei, verstecken. Der 1971 in Bonn geborene Lincke, der viele Jahre in Indien, England, Chile und Venezuela lebte, ist Stammautor des unionsnahen „Deutschland-Magazins“ und Gelegenheitsautor in Blättern wie „Gegengift“ und „Das Ostpreußenblatt“. Lincke gehörte auch dem Anti-Antifa-Kreis „Publizistische Aktivitäten von Links“ des Rechtsextremisten Hans-Helmuth Knütter an. Unter dem Pseudonym „Izquierda“ ist Lincke seit Jahren Dauerautor in der „Jungen Freiheit“.

■ **Düsseldorf** - Erich Gliebe (35), Sohn eines „Wehrmächts-Veteranen“ und Geschäftsführer des US-amerikanischen White Power-Musikproduzenten und -Magazins „Resistance Records“ ist Gesprächspartner in der aktuellen Ausgabe von „Rock Nord“ (davor: „Moderne Zeiten“), dem Eigenangaben zufolge „ältesten professionellen Magazin für patriotische Musik“ in Deutschland. „Resistance Records“ gehört zum Imperium der neonazistischen National Alliance“ (NA) mit William Pierce als Vorsitzenden. Gliebe, zugleich NA-Führer in Cleveland, unterhält seit Jahren engste Kontakte zu NPD/JN-Kadern und dem Holocaust-Leugner Ernst Zündel, der auch schon in dessen Haus übernachtet hat. Gliebe zufolge will „Resistance Records“ neben White Power und Oi-Musik auch zunehmend in die Sparten Black Metal, Industrial, Folk und Marsch Musik eindringen.

■ **Inning (Oberbayern)** - Gert Sudholt, Kopf der rechtsextremen Verlagsgesellschaft Berg (VGB), outet sich in seinem neuesten Buch „Hexenjagd 2000. Zeitkritische Notizen eines deutschen Verlegers“, als ehemaliges Mitglied der NPD. Er sei

1969 der NPD beigetreten, habe sich später aber aus der Parteipolitik völlig zurückgezogen und sei wieder ausgetreten. Sudholt beklagt, dass unter der derzeitigen Bundesregierung „politische Deserteure und publizistische Volksverräter Konjunktur“ hätten. Der rechtsextreme Verleger appelliert deshalb an seinen Kameradenkreis, Gegenposition zu beziehen und „diese nicht feige und kampflös“ aufzugeben.

■ **München** - Der Rechtsextremist Andreas Thoben wurde vom Landgericht wegen Volksverhetzung zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt. Thoben, nach Eigenbekunden Mitglied der Handwerkskammer München und Oberbayern seit 1991, ist in der rechtsextremen Szene hinreichend bekannt. Der Ex-Republikaner-Stadtrat, später Mitglied der NPD, stand mehrfach wegen Volksverhetzung vor Gericht. Ein „Ing.-Büro Andreas Thoben“ („Nachrichten-, Netzwerk- und Fernsehtechnik“) bietet per Anzeige in der NPD-Zeitschrift „Deutsche Stimme“ Computer und Software an. Angegeben wird lediglich eine anonymisierte Faxnummer mit dem Hinweis: „Keine Lieferung, wenn u.a. Staatsschutz/Gerichte/Haft wiederum Geschäfte behindern.“

■ **Paderborn** - Der NPD-Kreisverband-Spreewald veranstaltet am 8. September eine so genannte „Studienfahrt“ zur Wewelsburg bei Paderborn. Die Wewelsburg war von Reichsführer SS Heinrich Himmler als weltanschauliches Zentrum der SS konzipiert und sollte Teil einer großen SS-Siedlung werden. Das in den Marmorboden des einstigen SS-Obergruppenführersaales der Wewelsburg eingelassene Symbol der „Schwarzen Sonne“, ein Sonnenrad mit zwölf Speichen in Form von SIG-Runen, hat in den letzten Jahren in der rechtsextremen Szene vielfach verbotene NS-Abzeichen ersetzt.

■ **Riesa** - Der im sächsischen Riesa ansässige NPD-nahe Deutsche Stimme Verlag will am 25. August ein Pressefest „in Mitteldeutschland“ veranstalten. Als Redner sind neben anderen der JN-Vorsitzende Sascha Roßmüller, der Ex-Rechtsterrorist Peter Naumann und der Alt-Nazi Herbert Schweiger angekündigt. Für die rechte musikalische Unterhaltung sorgen die Liedermacher Jörg Hähnel und Lars Hellmich sowie die Skinbands „Noie Werte“, „Sturmwehr“ und „Nordwind“.

■ **Stralsund** - Wiederbelebt wurde am 10. Juli der NPD-Kreisverband Stralsund in Mecklenburg-Vorpommern. Dieser hatte sich, so die Neonazi-Ho-

mepage „Stoertebeker“, im vergangenen Jahr faktisch aufgelöst, als die Tätigkeit des damaligen örtlichen NPD-Chefs Matthias Meier für den Verfassungsschutz öffentlich wurde. Zum Kreisvorsitzenden wurde jetzt Dirk Arent (25), vormals JN-Kader in Hamburg gewählt. Auf der Versammlung zugegen war neben Freien Nationalisten aus Hamburg auch der Vertreter des Norddeutschen Jugendbundes (NJB), Robert Rupprecht.

■ **Würzburg** - Die Würzburger Jusos haben in einer Erklärung am 9. Juli die Kündigung des Kontos des nationalrevolutionären „Deutschen Kollegs“ gefordert. Am 11. Juni hatte die Polizei wegen des Verdachts der Volksverhetzung fünf Wohnungen von Aktivisten des Deutschen Kolleg (DK) in Berlin, Hamburg und Würzburg untersucht. In Berlin waren die Privatwohnung und die Büroräume von Horst Mahler sowie die NPD-Bundeszentrale betroffen. Unterzeichner des Deutschen Kolleg sind neben Horst Mahler Reinhold Oberlercher aus Hamburg und Uwe Meenen aus Würzburg. Im vergangenen Oktober hatten die drei prominenten Rechtsextremisten das antisemitische DK-Pamphlet „Ausrufung des Aufstandes der Anständigen“ veröffentlicht. Nach Auskunft der Sparkasse Mainfranken ist das Konto des Deutschen Kolleg bereits im Frühjahr gekündigt worden.

■ **Wunsiedel** - Anlässlich des 14. Todestages des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess soll am Samstag, den 18. August in Wunsiedel (Oberpfalz) eine „Gedenkkundgebung mit Trauermarsch“ stattfinden. Ausdrücklich erwünscht sind dabei schwarze Trauerfahnen. Als Veranstalter des neonazistischen Spektakels zeichnet der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger. Geworben wird für die Veranstaltung unter anderem über das rechtsextremistische „Bündnis Rechts“ aus Lübeck. Nähere Informationen über Treffpunkt, Uhrzeit, Anreise undso weiter werden innerhalb der Neonazi-Szene noch kurzfristig bekanntgegeben.

■ **Zeven** - Der niedersächsische NPD-Landesverband hat den Landesvorsitzenden Ulrich Eigenfeld in seinem Amt bestätigt. Auch die stellvertretenden Landesvorsitzenden Adolf Dammann, Horst Nolte und Friedrich Preuß wurden auf dem Landesparteitag, der in der Nähe von Zeven stattfand, wiedergewählt. Zu weiteren Landesvorstandsmitgliedern wurden Fritz-Ulrich Bundt, Michael Fiedler, Andreas Börder, Manfred Börm, Stefan Pfingsten, Silvia Berisha, Sven Brenn und Benjamin Poleck gekürt. Bei den niedersächsischen Kommunalwah-

len am 9. September will die NPD den Schwerpunkt auf Göttingen, Helmstedt und Oldenburg legen, wie Landeswahlkampfleiter und Landesvize Preuß auf dem Parteitag ankündigte.

Ausland

■ **Frankreich (Paris)** - Rund 1.000 Mégret-Anhänger, unter ihnen einige kahlgeschorene junge Männer, demonstrierten am 30. Juni vor der Pariser Oper und skandierten unter anderem „France, Mégret, Liberté“. Anlass war die Verurteilung der Ehefrau des MNR-Präsidenten - Catherine Mégret, Bürgermeisterin im südfranzösischen Vitrolles - in zweiter Instanz wegen rassistischer Diskriminierung. Wegen Einführung einer nur für Europäer reservierten „Geburtenprämie“ in ihrer Kommune hatte das Berufungsgericht von Aix-en-Provence Madame Mégret am 20. Juni zu rund 100 000 Euro Geldstrafe, drei Monaten Haft auf Bewährung und zwei Jahren Entzug des passiven Wahlrechts verdonnert. Zwei Tage vor dem Urteil von Aix-en-Provence hatte die Cour de cassation, das oberste Gericht, ein anderes zweitinstanzliches Urteil aus Aix-en-Provence wegen Rechtsfehlern aufgehoben. Es handelte sich dabei um die Verurteilung von Catherine Mégret wegen „Aufstachelung zum rassistischen Hass“. Am 24. Februar 1997, wenige Tage nach ihrer Wahl ins Rathaus von Vitrolles, hatte Catherine Mégret der „Berliner Zeitung“ ein Interview gegeben, in dem sie ihre (beziehungsweise ihres Mannes) Ansichten über Immigranten naiv-freimütig zur Kenntnis gab. Das Interview verursachte einen öffentlichen Skandal.

■ **Österreich (Lechtal)** - Die Jugendorganisation des rechtsextremen belgischen Vlaams Blok (VB) hat im Tiroler Lechtal eine „Sommeruniversität“ veranstaltet. Mit von der Partie waren unter anderem der VB-Vorsitzende Filip Dewinter, der Vorsitzende der VB-Jugend Jürgen Brankhart und die VB-Abgeordnete von Zoersel, Ingrid Verachttert. Andreas Mölzer, Herausgeber der Wochenzeitung „Zur Zeit“, dem österreichischen Pendant der „Jungen Freiheit“, hielt ein Referat. Vor Ort waren auch mehrere Mitarbeiter der „Zur Zeit“. Einigkeit bestand bei den Anwesenden darüber, die gegenseitigen Kontakte zu intensivieren.

■ **Südafrika (Pretoria)** - Die rechtsextreme Schrift „Der Insider“, die Klaus Vaque (62), Pretoria, im 12. Jahrgang herausgibt, wärmt das antisemitische Lügenmärchen „Die Protokolle der Weisen von Zion“ wieder auf. „Der Insider“, der zahlreiche Le-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Ad

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 15-2001 / Abo 5292719000

Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

ser im deutschsprachigen Raum hat, behauptet in der Ausgabe 4/2001, dass alle Politiker der Welt „nichts anderes als Befehlsempfänger und Marionetten von ‘geheimen grauen Eminenzen’“ seien. Die die Welt kontrollierenden „Freimaurer“ (Chiffre für Juden) wollten jede „völkische Eigenart, vor allem aber jeden Nationalstolz zerstören“. Ziel sei die „Festigung des Staates Israel und seine ‘Sonderrolle als Opfer der Nazis’, um dem Ministaat eine ständige Quelle neuer Geldmittel zu verschaffen.“ Vaque, einst Abonnent des antisemitischen Hetzblattes „Bauernschaft“, wanderte 1977 nach Südafrika ein und unterhält weltweit Verbindungen zu Gleichgesinnten.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-130, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement

Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum

Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto,

Nachweis erforderlich!

Probeabonnement (6 Hefte), Preis DM 20,- inkl. Porto.